

**Protokoll  
über die 47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am  
16.02.2017**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 19:30 Uhr  
**Ort:** Multifunktionsraum, E070, Stadthaus, Am Packhof 2-6,  
19053 Schwerin

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Schulte, Bernd entsandt durch SPD-Fraktion

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

**ordentliche Mitglieder**

Döring, Karin entsandt durch Fraktion DIE LINKE  
Haacker, Frank entsandt durch CDU-Fraktion

**stellvertretende Mitglieder**

Dorfmann, Regina entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Krause, Thomas entsandt durch CDU-Fraktion  
Sönnichsen, Peter entsandt durch AfD-Fraktion  
Teubler, Ulrich entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger  
Zischke, Thomas entsandt durch SPD-Fraktion

**beratende Mitglieder**

Walther, Manfred entsandt durch Seniorenbeirat

**Verwaltung**

Bachmann, Marlies  
Corbie, Birgit  
Holst, Robert  
Kretschmar, Dirk  
Müller, Karin  
Nieke, Lutz  
Ruhl, Andreas  
Schacht, Nonno

## Gäste

Bartlau, Karlheinz  
Haller, Klaus  
Suttkus, Wolf-Rüdiger  
Voegelé, Uwe

**Leitung: Bernd Schulte**

**Schriftführer: Ingrid Arlt**

## Festgestellte Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
  
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 19.01.2017 (öffentlicher Teil)
  
3. Mitteilungen der Verwaltung
  
4. Beratung von Anträgen
  
- 4.1. Planung Radweg Dwang-Krösnitz einstellen - Mittel für Errichtung Geh-/Radweg Schulzenweg umwidmen  
Vorlage: 00968/2017
  
5. Beratung von Beschlussvorlagen
  
- 5.1. Gewährung von Zuwendungen Kunst und Kultur  
Vorlage: 00933/2017
  
- 5.2. Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2017  
Vorlage: 00948/2017
  
- 5.3. Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die von der Landeshauptstadt Schwerin verwalteten Friedhöfe  
Vorlage: 00970/2017

- 5.4. Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) und des Preisblattes der SAE - Sammelgrubenentsorgung für Freizeitnutzung  
Vorlage: 00973/2017
  
- 6. Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen
  
- 6.1. Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen im Teilhaushalt 04 Jugend für 2016  
Vorlage: 00971/2017
  
- 6.2. Bericht zur vorläufigen Finanzrechnung zum 31.12.2016  
Vorlage: 00945/2017
  
- 7. Sonstiges

### **Protokoll:**

#### **Öffentlicher Teil**

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

#### **Bemerkungen:**

Der Ausschussvorsitzende Herr Schulte eröffnet die Ausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorgelegten Tagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 19.01.2017 (öffentlicher Teil)**

#### **Bemerkungen:**

Der Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen zugestimmt.

- zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

**Bemerkungen:**

Der Finanzdezernent informiert die Anwesenden darüber, dass er heute einen Kassenkreditvertrag unterschrieben hat mit einem Zinssatz von -0,07 % Zinsen. Er schlägt den anwesenden Ausschussmitgliedern vor, mittelfristig über die Zinsentwicklung zu informieren.

**zu 4      Beratung von Anträgen**

**zu 4.1    Planung Radweg Dwang-Krösnitz einstellen - Mittel für Errichtung Geh-  
/Radweg Schulzenweg umwidmen  
Vorlage: 00968/2017**

**Bemerkungen:**

Herr Schulte informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Herr Haller von der Interessengemeinschaft um Rederecht bat. Die Ausschussmitglieder stimmten dieser Bitte zu.

Herr Schulte weist darauf hin, dass zur heutigen Ausschusssitzung eine Präsentation als Dokument eingestellt wurde, die Frau Bachmann den Anwesenden vorstellen möchte.

Einleitend bittet Herr Teubler von der antragstellenden Fraktion um Beratung und Abstimmung des vorliegenden Antrages seiner Fraktion.

Herr Schmidt von der Fraktion DIE LINKE verweist auf den Antrag seiner Fraktion und erwartet diesbezüglich eine Vorlage von der Verwaltung.

Herr Haller von der Interessengemeinschaft erklärt den Anwesenden, dass er Akteneinsicht bei der SDS genommen habe. Im Ergebnis seiner Recherche hinterfragt er einige Fakten, die in den Dokumenten als Grundlage eines Entscheidungsvorschlages zu den Varianten von Frau Bachmann zu Grunde gelegt wurden. Herr Haller übergibt für das Protokoll entsprechende Dokumente. Im Ausschuss informiert er die Anwesenden u.a. über folgende Feststellungen:

**Variante 3**

- Die Variante 3 ist nicht 630 m lang, sondern 615m.
- Ein Zaun von 750m Länge und Kosten in Höhe von 41 T€ ist nicht erforderlich, weil die Grundstücke bereits eingezäumt sind.
- Die Länge von 750m wird angezweifelt.
- Bei der Rampe handelt es sich um Kosten, die auch in der Variante 1 anfallen, aber dort nicht aufgeführt sind.
- 35 T€ für Bepflanzung und Ansaaten werden als nicht erforderlich angesehen
- Die Ausstattung mit Bänken und Papierkörben ist um 5 T€ (künstlich) erhöht worden.
- 65 T€ Baukosten erscheinen zu hoch, so muss die Frage geklärt werden, ob eine neue Teerschicht erforderlich ist. Ausbesserungen wären ausreichend.

- Das Herrichten und Roden der Wegachse in Höhe von 25 T€ erscheint als nicht erforderlich, weil es bereits einen Weg gibt.
- Im Ergebnis der Betrachtung sind Kosten in Höhe von ca. 140 T€ niedriger, als von der SDS angegeben.

### **Variante 3a**

- Die Wegstrecke beträgt nicht 656 m , sondern 585 m
- Für ca. 300m sind Kosten für das Herrichten und roden der Wegachse berechnet, die nicht notwendig erscheinen.
- Die angegebenen Meter für die Errichtung eines Zaunes werden angezweifelt, ebenso die Kosten für die Ausstattung der Bänke und Bepflanzung und Ansaaten.
- Es wird der Eindruck - künstlich hochgerechnet zu haben – erweckt.

### **Variante2**

- Statt 590 m für Ausbesserungsarbeiten sind es korrekt, 463 m Strecke für die Straße Ausbesserungsarbeiten ( 30 E/m
- Die Kosten für die Herrichtung des Radweges erscheinen weit überhöht.
- Nur bei der Variante 2 wird das Erfordernis einer Rampe zur Brücke in Asphalt von 55 m Länge aufgenommen. Es ist aber zu erwarten, dass bei der Variante 1 ebenfalls eine Rampe erforderlich wird.
- Wenn die Kosten im Bereich des Straßenausbaus auf das Notwendige oder das Wünschenwerteste reduziert werden, dann wäre die Variante 2 bei allen Betrachtungen die günstigste Variante und nicht unattraktiv für die Touristen.

Herr Haller erklärt abschließend, dass im Ergebnis seiner Recherche die Nr. 2 die preiswerteste Variante ist. Sie ist deutlich attraktiver, als bisher dargestellt. Nicht nur Natur, sondern auch die Baukultur ist für Touristen interessant und ein lohnenswertes Ziel. Bezüglich der Barrierefreiheit ist weder die Variante 1 noch Variante 3 geeignet. Die geeignetste Variante wäre 3a, weil sie am Wasser entlang ohne Steigung ist. Die Variante 1 hat eine Steigung auf dem Dwang mit ca. 6 % .

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Haller erklärt Frau Bachmann an Hand einer Power Point Präsentation die Zeitschiene von der Bürgeranhörung im Umlegungsverfahren bis zur Terminplanung und einer kurzen Darstellung der einzelnen Varianten.

Nach Ausführungen von Frau Bachmann weist Herr Steinmüller darauf hin, dass es zwar Fördermittel für den Bau des Radweges geben kann, aber mittelfristig gedacht, muss die Stadt spätere notwendige Werterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen aus dem städtischen Haushalt finanzieren. Der jetzige Radweg wäre völlig ausreichend und lehnt deshalb diese Baumaßnahme ab. Herr Teubler stimmt dem zu und fügt an, dass er einen Mehrwert nicht erkennen kann. Kosten in Höhe von 2.3 Mio € sind aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Zischke verweist auf ein Schreiben der IHK, welches als Dokument gespeichert ist. Es wird darin u.a. erklärt, dass dieser Radweg aus tourismuswirtschaftlicher Sicht eine für alle Gruppen zumutbare Lösung ist.

Im Ergebnis der Diskussion gibt es Einigkeit darüber, dass

- In der heutigen Ausschusssitzung der vorliegende Antrag nicht abschließend votiert wird, weil es noch erheblichen Beratungsbedarf gibt.

- Die Fraktion DIE LINKE einen Beschlussvorschlag von der Verwaltung zu ihrem Antrag erwartet.
- Die antragstellende Fraktion über eine Splittung des Antrages nachdenken sollte.
- Wiedervorlage: 16.03.2017

Frau Bachmann wird durch die Ausschussmitglieder gebeten, die von Herrn Haller übergebenen Anmerkungen schriftlich zu beantworten. Die Antwort wird als Dokument dem Protokoll beigelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Wiedervorlage am 16.03.2016

**zu 5 Beratung von Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Gewährung von Zuwendungen Kunst und Kultur  
Vorlage: 00933/2017**

**Bemerkungen:**

Nach Erläuterungen von Herrn Kretzschmar zur Beschlussvorlage erklärt Herr Schmidt, dass er die mehrjährige Fördervereinbarung einschließlich einer dynamisierten Förderung als positiv wertet.

**Beschluss:**

1. Der Hauptausschuss ermächtigt den Oberbürgermeister die Fördervereinbarung zur Gewährung von Zuwendungen an das Internationale Kinder- und Jugendkulturzentrum Schule der Künste Schwerin e. V. entsprechend der Anlage 1 abzuschließen und den Zuwendungsbescheid für das Haushaltsjahr 2017 auszufertigen.
2. Der Hauptausschuss beschließt die Gewährung folgender fortzuführender Zuwendung an die Filmland Mecklenburg-Vorpommern gGmbH in Höhe von jährlich 28.400 € und ermächtigt den Oberbürgermeister den Zuwendungsbescheid für das Haushaltsjahr 2017 auszufertigen.
3. Die Stadtvertretung ermächtigt den Oberbürgermeister die Fördervereinbarung zur Gewährung von Zuwendungen an die Musik- und Kunstschule ATARAXIA e.V. entsprechend der Anlage 2 abzuschließen und den Zuwendungsbescheid für das Haushaltsjahr 2017 auszufertigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 5.2 Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2017  
Vorlage: 00948/2017**

**Bemerkungen:**

Ohne Beratungsbedarf wird die Vorlage abgestimmt.  
Auf den Hinweis von Herrn Schmidt zur Prüfung einer möglichen mehrjährigen

Förderung erklärt Herr Ruhl, dass für 2017 die Förderung so bestehen bleibt.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt die Gewährung einer Zuwendung an die Volkssolidarität, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. in Höhe von 104.756,72 € für das Haushaltsjahr 2017 für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt den Zuwendungsbescheid auszufertigen und die Mittel auszureichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5.3    Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die von der Landeshauptstadt Schwerin verwalteten Friedhöfe  
Vorlage: 00970/2017**

**Bemerkungen:**

Herr Schulte weist einleitend darauf hin, dass in einer Finanzausschusssitzung gesagt wurde, dass bei jeder Satzungsänderung eine Dynamisierung der Gebühren erfolgen sollte. Diese Gebührenerhöhung kann er nicht erkennen, obwohl eine Investition z.B. für die Schrankenanlage geplant ist.

Herr Zischke bittet darum, über die Vorlage heute nicht abschließend zu votieren, weil es noch Beratungsbedarf in der Fraktion gibt.

**Abstimmungsergebnis:**

Wiedervorlage am 16.03.2017

**zu 5.4    Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) und des Preisblattes der SAE - Sammelgrubenentsorgung für Freizeitnutzung  
Vorlage: 00973/2017**

**Bemerkungen:**

Nach kurzen Erläuterungen von Herrn Nieke wird ohne weiteren Beratungsbedarf die Vorlage abgestimmt.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt

1. die Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) der Landeshauptstadt Schwerin in der als Anlage A beigefügten Fassung.
2. die Entgelte gemäß Preisblatt für Benutzungsentgelte der Schweriner Abwasserentsorgung, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Schwerin (siehe Anlage B) entsprechend der als Anlage C beigefügten Kalkulationsunterlagen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

## **zu 6 Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen**

### **zu 6.1 Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen im Teilhaushalt 04 Jugend für 2016**

**Vorlage: 00971/2017**

#### **Bemerkungen:**

Herr Schulte weist darauf hin, dass es zu diesem Thema einen gesonderten Tagesordnungspunkt in der FiA Sitzung im April gebeten wird. In der FiA Sitzung im November 2016 wurde diesbezüglich die Bitte von den Ausschussmitgliedern im Rahmen der Beratung zum Hpl 2017/2018 zum TH 04 geäußert und ebenso in der letzten FiA Sitzung im Januar 2017, als Herr Ruhl diese Beschlussvorlage ankündigte. Zu diesem Termin im April wird auch die Antwort auf die Bitte von Herrn Zischke um Darlegung der wesentlichen Gründe für die Vorlage von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im TH 04 seit 2007 einfließen.

Herr Teubler merkt an, dass ihm bei einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung in Höhe von 1,4 Mio € die Begründungen nicht ausreichen und ihm eine Erklärung fehlt, warum erst so spät diese Vorlage, bzw. ein Eilbeschluss des Oberbürgermeisters der Politik vorgelegt wird.

Herr Ruhl antwortet, dass in den vergangenen Haushaltsjahren die HplAnsätze aus unterschiedlichen Gründen sehr gering geplant wurden und von daher die Vorlage von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen erforderlich wurde. Grund für die jetzige sehr späte Vorlage sind eingegangene Rechnung, die bezahlt werden mussten und kein ausreichender Hpl Ansatz mehr zur Verfügung stand.

#### **Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Teilhaushalt 04 Jugend für 2016.

### **Abstimmungsergebnis:**

Kennntnis genommen

## **zu 6.2 Bericht zur vorläufigen Finanzrechnung zum 31.12.2016**

**Vorlage: 00945/2017**

#### **Bemerkungen:**

Herr Schulte merkt an, dass die Aussage in dem Bericht „Die Ziele wurden überwiegend erreicht“ nicht ausreicht. Insbesondere die wesentlichen Produkte müssen mehr im Fokus stehen. Deshalb wird die Verwaltung um Vorlage eines

Zeitplanes gebeten, wann zur Erfüllung von Zielen und Kennzahlen über welche wesentlichen Produkte im FiA beraten werden soll. Herr Ruhl sagt diese Auflistung zu.

Herr Steinmüller merkt dazu an, dass in den vergangenen Jahren immer über die Erträge/Einzahlungen im Ordnungsdienst gesprochen wurde. Er möchte beim wesentlichen Produkt „Ordnungsdienst“ gerne wissen, ob es eine Refinanzierung der Personalkosten gibt und weist auf die verschmutzten Plätze z.B. Bahnhofsvorplatz hin.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Bitte von Herrn Schulte an die Verwaltung bezüglich der Vorlage eines Zeitplanes zur kommenden Finanzausschusssitzung zu.

**Beschluss:**

Der vorliegende Bericht wird durch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

zu 7

**Sonstiges**

**Bemerkungen:**

Es gibt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Anmerkungen oder Fragen.

gez. Bernd Schulte

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

\_\_\_\_\_  
Protokollführer/in